



Syrien und Jemen – doppelte Standards der Bundesregierung

Pressemitteilung von Heike Hänsel, 10. Oktober 2016

„Die Bundesregierung lehnt eine Flugverbotszone im Jemen ab, während in Bezug auf Syrien hochrangige Politiker der Regierungskoalition genau dies fordern. Mit dieser Politik der doppelten Standards macht sich die Bundesregierung international unglaubwürdig“, erklärt Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die Diskussion um eine Ausweitung des Krieges in Syrien und des saudischen Bombardements im Jemen. Hänsel weiter:

„Nach den jüngsten Bombenangriffen auf eine Trauergesellschaft im Jemen mit 100 Toten wird deutlich, wie die NATO-Staaten – allen voran Deutschland – mutmaßliche Kriegsverbrechen ihres Bündnispartners Saudi-Arabien offenbar stillschweigend in Kauf nehmen. In einer diesbezüglichen Antwort auf meine Frage zum Jemen erklärt die Bundesregierung, die Einrichtung einer solchen Flugverbotszone sei ‚nur mit Zustimmung aller beteiligten Parteien oder durch eine Resolution des VN-Sicherheitsrates (...) denkbar‘. Es stelle sich

darüber hinaus die Frage, ,wer die Einhaltung überwachen soll‘.

Angesichts der Massaker im Jemen muss die Bundesregierung endlich ihr Schweigen brechen und die Waffenexporte an die saudische Diktatur einstellen. Eine Politik der doppelten Standards durch die Bundesregierung trägt dagegen lediglich zu einer weiteren Aushöhlung des Völkerrechts bei.“